



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

NACH DER WAHL ZUM EUROPÄISCHEN PARLAMENT – RÜCKBLICK UND AUSBLICK

- | | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| ■ ANALYSE | |
| Die Wahl zum Europäischen Parlament 2019: ein Erfolg für die PiS
Reinhold Vetter, Warschau/Brüssel | 2 |
| ■ GRAFIKEN ZUM TEXT | |
| Ergebnisse der Wahl zum Europäischen Parlament 2019 | 8 |
| ■ CHRONIK | |
| 21. Mai 2019 – 3. Juni 2019 | 12 |

Die Wahl zum Europäischen Parlament 2019: ein Erfolg für die PiS

Reinhold Vetter, Warschau/Brüssel

Zusammenfassung

Die regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) hat bei der Wahl zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019 einen großen Erfolg errungen, der sie innenpolitisch stärkt und ihr mehr Einfluss im Europäischen Parlament verspricht. Die oppositionelle Europäische Koalition (*Koalicja Europejska – KE*) erzielte zwar einen Anfangserfolg, dieser reichte aber bei weitem nicht aus, um die *PiS* ernsthaft in Bedrängnis zu bringen. Robert Biedrońs junge Partei Frühling (*Wiosna*) stieß mit einem eher schwachen Ergebnis vorerst an ihre Grenzen. Das rechtsradikal durchwirkte Bündnis Konföderation (*Konfederacja*) blieb unter fünf Prozent. Die *PiS* punktete vor allem mit den von ihrer Regierung beschlossenen sozialen Wohltaten und ihrem Slogan »Polen ist das Herz Europas«, mit dem sie sich von ihrem einstweiligen Image als »Polexit«-Partei verabschiedete. Demgegenüber fehlte es dem Wahlkampf der Europäischen Koalition an konkreten Inhalten und politischer Empathie. Das libertäre Programm Biedrońs sprach bisher nur eine Minderheit der jungen Menschen in Polen an, die mehrheitlich eher konservativ denken.

Wahlmarathon 2018 – 2020

Der Stellenwert der Europawahl 2019 für Polen muss in einem größeren Zusammenhang gesehen werden. Es ging nicht nur darum, die polnischen Mitglieder des Europäischen Parlaments für die kommenden fünf Jahre zu bestimmen. Vielmehr war der Urnengang vom 26. Mai auch Teil eines Wahlmarathons, der mit den Kommunalwahlen im Oktober 2018 begonnen hatte und seine Fortsetzung mit den Parlamentswahlen im Herbst 2019 und den Präsidentenwahlen im Mai 2020 finden wird. Insofern war die Europawahl auch und insbesondere ein Test für das innenpolitische Gewicht der beteiligten Parteien. So hatten im Vorfeld des 26. Mai politische Beobachter immer wieder die Frage gestellt, ob die Europawahl möglicherweise ein erster Schritt zur Beschränkung der Dominanz der regierenden Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) sein könnte. Schon bei den Kommunalwahlen 2018 hatte die Partei zwar ihre Position besonders in den ländlichen Gebieten und auch im Landesdurchschnitt behauptet, aber ebenso den Erfolg der oppositionellen Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska – PO*) nicht verhindern können, was sie eigentlich angestrebt hatte.

Der Bezug der diesjährigen Europawahl zur Präsidentenwahl im Mai 2020 ergab sich schon allein dadurch, dass sich EU-Ratspräsident Donald Tusk, der bis 2014 das Amt des polnischen Ministerpräsidenten ausgeübt hatte, zunehmend in den polnischen Europawahlkampf einmischte. Seit Monaten stellten sich politische Beobachter die Frage, ob Tusk möglicherweise beabsichtige, bei den nächsten Präsidentenwahlen gegen Amtsinhaber Andrzej Duda anzutreten. Er selbst hat bisher klare Aussagen dazu verweigert. In seinen Reden an den Universitäten von Warschau (Warszawa) und Posen (Poznań) sowie bei seiner Auszeichnung als »Mann des Jahres« durch die Redaktion der Tageszeitung »Gazeta

Wyborcza« vermied Tusk jeden konkreten Bezug zur Politik der regierenden *PiS*. Doch wenn er die Notwendigkeit der Freiheit von Forschung und Lehre und die Bedeutung der Toleranz im öffentlichen Leben hervorhob und vor Hysterie in der politischen Auseinandersetzung warnte, verstanden seine Zuhörer dies auch als kritische Anmerkung gegenüber der *PiS*.

So ist bislang kaum bekannt, mit welchem konkreten politischen Programm Tusk als Bewerber für das Präsidentenamt antreten könnte. Auch ist unklar, ob er sich dabei auf die Bürgerplattform stützen will, die bislang seine politische Heimat war. In der polnischen Öffentlichkeit war die Rede davon, Tusk wolle eine neue Bewegung formieren, die sich auf populäre Bürgermeister großer polnischer Städte stützen solle. Ihr möglicher Name – »Bewegung 4. Juni« (*Ruch 4 czerwca*), angelehnt an die ersten halbfreien Parlamentswahlen am 4. Juni 1989. Bislang verfügt Tusk in Polen jedoch noch nicht einmal über einen schlagkräftigen Arbeitsstab zu seiner Unterstützung.

Auch historische Bezüge beeinflussten den Wahlkampf vor der Europawahl. Im Frühjahr 1989, also vor 30 Jahren, fanden die berühmten Verhandlungen am Runden Tisch statt, bei denen die Weichen für die demokratisch-parlamentarische Entwicklung Polens gestellt wurden. Die folgenden Parlamentswahlen führten zur Wahl von Tadeusz Mazowiecki zum ersten nichtkommunistischen Ministerpräsidenten nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Bewertung dieser Ereignisse ist zwischen der *PiS* und der Opposition seit langem umstritten. Vor 20 Jahren, im März 1999, traten Polen, die Tschechische Republik und Ungarn der NATO bei. Der verstorbene polnische Historiker, Bürgerrechtler und Außenminister Bronisław Geremek betonte damals, dass der Beitritt zur Allianz für Polen aus drei Gründen wichtig sei: Polen nehme damit seinen angestammten Platz in dem

westlichen Verteidigungsbündnis ein, die NATO-Mitgliedschaft sei ein Schutz vor Gefahren aus dem Osten, und drittens sei die Zugehörigkeit zu einer solchen Wertegemeinschaft auch, wie er sagte, »ein gewisser Schutz vor uns selbst«, womit er durchaus auch antidemokratische, autoritäre Tendenzen antizipierte, die seit der Machtübernahme durch die *PiS* im Jahr 2015 zu beobachten sind. Schließlich trat Polen im Jahr 2004, also vor 15 Jahren, der Europäischen Union bei, was im aktuellen Wahlkampf von den Parteien zum Anlass genommen wurde, dieses Ereignis in ihrem Sinne zu würdigen.

Im Vorfeld der Europawahl hatte sich auch die polnische Parteienlandschaft weiter verändert. So entstand mit der Partei Frühling (*Wiosna*) des linksliberalen Politikers Robert Biedroń eine Gruppierung, deren Wählerpotential auf bis zu zehn Prozent geschätzt wird, womit sie bei etwaigen Koalitionsverhandlungen nach den Parlamentswahlen im Herbst 2019 zum Zünglein an der Waage werden könnte. Biedroń ist bekennender Homosexueller, gilt als charismatischer Redner und hat sich vor allem durch seine Kritik am Religionsunterricht an den Schulen, sein Eintreten für gleichgeschlechtliche Ehen und seine Opposition gegen die Dominanz der Kohle in der Energieversorgung gegen die *PiS* in Stellung gebracht.

Außerdem entstand das Wahlbündnis Europäische Koalition (*Koalicja Europejska – KE*); ihr gehören an: die liberal-konservative Bürgerplattform des früheren Außenministers Grzegorz Schetyna, die Polnische Bauernpartei (*Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL*) mit Władysław Kosiniak-Kamysz, die Demokratische Linksallianz (*Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD*) von Włodzimierz Czarzasty, die liberale Partei Die Moderne (*Nowoczesna*) unter der Führung von Katarzyna Lubnauer sowie die Grünen (*Zieloni*) mit Małgorzata Tracz und Marek Kossakowski.

Auch wenn vorerst offen ist, ob die Europäische Koalition auch bis zu den Parlamentswahlen im Herbst Bestand haben wird, hat die Opposition damit einen ersten Schritt getan, um ein wirksames politisches Gegengewicht zur *PiS* aufzubauen. Allerdings waren die Beziehungen im Bündnis während des Europawahlkampfes eher vorsichtig, ohne großes gegenseitiges Vertrauen und mit wenig Enthusiasmus. Bei den letzten Umfragen vor der Wahl kamen die *PiS* auf 36 bis 38 Prozent, die Europäische Koalition auf 34 bis 35 Prozent, Frühling auf acht Prozent und das rechtsextrem dominierte Bündnis Konföderation (*Konfederacja*) auf fünf bis sechs Prozent. Dieses jeweilige Kopf-an-Kopf-Rennen trug dazu bei, dass die Töne im Wahlkampf immer schriller wurden. So stellte das von der *PiS* beherrschte öffentlich-rechtliche Fernsehen Donald Tusk in eine Reihe mit Hitler und Stalin, um den EU-Ratspräsidenten als Vasallen ausländischer Interessen darzustellen. Zwar zielte die Reaktion der Opposition nicht so tief unter die Gürtellinie, doch wurde in den Reihen der Europäischen Koalition der Vorwurf laut, die *PiS* wolle den Austritt Polens aus der Europäischen Union, was definitiv falsch ist.

Einig waren sich die politischen Beobachter darin, dass die Wahlbeteiligung diesmal über den erschreckend niedrigen 24 Prozent vor fünf Jahren liegen werde.

Debatte über Pädophilie in der Kirche

Traditionell stehen im Europawahlkampf innenpolitische Themen im Vordergrund, so auch diesmal. In gewissem Maße galt dies auch für die westlichen EU-Staaten, wenngleich dort auch EU-weit diskutierte Themen wie die Migrations- und Sicherheitspolitik, der Klimaschutz, die Besteuerung von Digitalkonzernen sowie die Gestaltung des Außenhandels und andere wirtschaftliche Fragen stärker in den Vordergrund traten. Der Europaabgeordnete der *PiS*, Zdzisław Krasnodębski, brachte es auf den Punkt, als er in einem Interview für die Tageszeitung »Rzeczpospolita« sagte: »Die Menschen stimmen für Parteien aufgrund ihrer nationalen Anliegen; im Wahlkampf spricht man hauptsächlich über Innenpolitik.«

In den letzten beiden Wochen vor dem Urnengang geriet der Europawahlkampf stark in den Sog der öffentlichen Debatte über den sexuellen Missbrauch von Kindern und Jugendlichen durch katholische Geistliche. Vertreter aller Parteien sahen sich gezwungen oder auch motiviert, gerade dieses Thema ins Zentrum ihrer öffentlichen Auftritte zu stellen. Auslöser der Debatte war der Dokumentarfilm »Aber sag es niemandem« (*Tylko nie mów nikomu*), den der Journalist Tomasz Sekielski auf Youtube veröffentlichte. Der Film beschreibt das Schicksal von Frauen und Männern, deren Leben durch den erlittenen Missbrauch zerstört wurde. Bis zum Vorabend der Europawahl hatten 21 Millionen Menschen in Polen den Film angeklickt, der auch in den Medien des Landes bis tief ins katholisch-konservative Lager auf Anerkennung stieß. Liberale Medien forderten von den katholischen Bischöfen entschlossenes Handeln. Diese erklärten dann auch in einem Hirtenbrief, der veröffentlicht und in allen Kirchen verlesen werden sollte: »Wir gestehen, dass wir als Hirten der Kirche nicht alles getan haben, um dieses Unrecht zu verhindern. Es fehlen die Worte, um unsere Scham wegen der sexuellen Skandale unter Beteiligung von Geistlichen auszudrücken. Für die Täter und auch diejenigen, die solche Taten vertuscht haben, muss es strenge Konsequenzen geben.« Erst im Oktober 2018 hatten Millionen Zuschauer den kritischen Spielfilm »Klerus« (*Kler*) in den Kinos gesehen, in dem es ebenfalls um Pädophilie in der katholischen Kirche geht.

Der Film brachte auch die traditionell der Kirche sehr nahestehende Regierungspartei *PiS* in Bedrängnis, aus deren Reihen sowohl harsche Ablehnung des Films als auch vorsichtige Anerkennung bzw. tiefe Besorgnis wegen des großen Schadens für die Kirche laut wurden. Der *PiS*-Vorsitzende Jarosław Kaczyński erklärte: »Weder der Purpur (gemeint sind die Bischöfe – R.V.) noch ein Nobelpreis oder Oscar (gemeint ist der Filmregisseur Roman Polański – R.V.), weder Welt- noch europäischer Ruhm werden irgendjemanden davor schützen, für Verbrechen der Pädophilie zur Rechenschaft gezogen zu werden.« Seine Partei, so Kaczyński, sei bereit, die Gründung einer Kommission zur Untersuchung solcher Straftaten zu unterstützen, »aber nicht nur in der Kirche, sondern auch in vielen anderen Bereichen«. Eine Woche vor Beginn der Europawahlen setzte die *PiS* im Parlament eine Novelle zum Strafgesetzbuch durch, mit der die Höchststrafe für Kindesmissbrauch auf 30 Jahre Gefängnis heraufgesetzt wurde. Für besonders schwere Missbrauchsfälle wurde auch die Verjährungsfrist abgeschafft.

Von den Oppositionsparteien nahmen vor allem Robert Biedroń und seine neue Gruppierung Frühling den Film zum Anlass für ihre Forderung, den Religionsunterricht aus den Schulen zu verbannen und endlich eine strikte Trennung zwischen Kirche und Staat bzw. Politik durchzusetzen. Generell zeigte die Debatte, dass die Fronten in der Gesellschaft zwischen Anhängern und Kritikern der Kirche noch schroffer geworden sind.

Streik der Lehrer, soziale Wohltaten

In den Wochen vor der Debatte über Kirche und Pädophilie hatte vor allem der Lehrerstreik die Gemüter erhitzt und damit auch den Europawahlkampf beeinflusst. Der Ausstand, der am 8. April begann, entwickelte sich zum größten Arbeitskampf, seitdem die *PiS* im November 2015 die Regierung übernommen hatte. Zeitweise wurden mehr als die Hälfte aller gut 20.000 Schulen und Vorschulen bestreikt, laut Angaben des Verbandes der Polnischen Lehrerschaft (*Związek Nauczycielstwa Polskiego – ZNP*) sogar drei Viertel. Die Lehrer forderten für das laufende Jahr eine Gehaltserhöhung von 30 Prozent. Mit allen Zulagen verdienen Lehrer monatlich zwischen 600 und 1.300 Euro brutto, wobei das Gehalt der meisten von ihnen unter dem gegenwärtigen Durchschnittseinkommen von 940 Euro liegt. Die Regierung war lediglich bereit, eine Gehaltserhöhung von 15 Prozent zuzugestehen. Der Streik wurde schließlich ohne Ergebnis bis September ausgesetzt, weil die Regierung mit einem eilig verabschiedeten Gesetz die Lehrer quasi zwangsverpflichtete, die anstehenden Abiturprüfungen abzuhalten, und auch unter den Eltern zunehmend Unruhe

wegen des Ausstandes und der damit gefährdeten Prüfungen aufkam.

Während die Mehrheit der Oppositionsparteien, wenn auch teilweise halbherzig, den Streik unterstützte, wurde er für die *PiS* zum Problem, weil ihr politische Beobachter und Zeitungskommentatoren nicht zu Unrecht vorwarfen, bestimmten Bevölkerungsgruppen umfangreiche finanzielle Unterstützung zukommen zu lassen, gegenüber den Lehrern aber eine harte Haltung einzunehmen. In der Tat hatte die *PiS* auf ihrem Parteitag im Februar 2019 umfangreiche sozialpolitische Versprechen gemacht, die dann später auch gesetzlich umgesetzt wurden – ein ganz zentrales Argument im Europawahlkampf der Partei und auch für die Parlamentswahlen im kommenden Herbst. Dazu gehören die Zahlung des monatlichen Kindergeldes von 500 Zloty (ca. 117 Euro) bereits für das erste Kind, ein 13. Monatsgehalt für Rentner in Höhe von 1.100 Zloty (ca. 260 Euro), die Senkung der Arbeitskosten, Steuerbefreiungen für junge Menschen bis 26 Jahre sowie der Ausbau des Busnetzes in ländlichen Regionen. Schon bald nach ihrem Regierungsantritt 2015 hatte die *PiS* ein monatliches Kindergeld von 500 Zloty für das zweite Kind und alle weiteren Kinder eingeführt.

Ohne Zweifel bedeuten diese Zuwendungen gerade für einkommensschwächere Familien eine enorme Verbesserung, die damit erstmals bestimmte notwendige Anschaffungen tätigen oder ausreichend in Urlaub fahren können. Andererseits treiben solche sozialen Vergünstigungen das Defizit des Staatshaushaltes in die Höhe, das noch in diesem Jahre wieder die Maastricht-Grenze von drei Prozent des Bruttoinlandproduktes überschreiten dürfte. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki verwies dagegen auf die gute wirtschaftliche Konjunktur und die sprudelnden Steuereinnahmen, ohne ebenfalls zu erwähnen, dass sich der Rückgang des Wirtschaftswachstums bereits abzeichnet. Ökonomen kommentierten die erhöhen Sozialausgaben eher kritisch. So meinte Jakub Borowski, Dozent an der Warschauer Handelshochschule (*Szkoła Główna Handlowa – SGH*), wichtiger sei es, verstärkt zu investieren, wenn Polen die stärker entwickelten Länder im Westen einholen wolle.

Wohl wissend, dass die von der *PiS* initiierten sozialen Zuwendungen in weiten Teilen der Gesellschaft sehr populär sind, hielten sich die Oppositionsparteien mit Kommentaren zu diesem Programm eher zurück. Lediglich Robert Biedroń und seine Partei Frühling sowie die kleine linke Partei Gemeinsam (*Razem*) befürworteten die Ausweitung der Kindergeldzahlungen. Die Vertreter der Bürgerplattform und von Die Moderne als Teil der Europäischen Koalition argumentierten eher wie Borowski von der *SGH*, wenngleich ihr Spitzenkan-

didat in Warschau, der frühere Ministerpräsident und Außenminister Włodzimierz Cimoszewicz, ankündigte, dass die Europäische Koalition nach einem möglichen Sieg bei den Parlamentswahlen im Herbst die Sozialprogramme der gegenwärtigen Regierung beibehalten werde. Biedrońs Wahlprogramm enthielt außerdem die Forderung nach einer Modernisierung des Gesundheitswesens, der Erhöhung des Mindestlohns und der Einführung einer Mindestrente von 1.600 Złoty (ca. 370 Euro), ebenso wie die nach Legalisierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften, Finanzierung von In-Vitro-Fertilisation, Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen bis zur 12. Woche und nach gleicher Bezahlung für gleiche Arbeit, unabhängig vom Geschlecht. Der Umweltschutz spielte hauptsächlich bei Auftritten der Bauernpartei *PSL* und der Grünen innerhalb der Europäischen Koalition eine Rolle, aber auch bei Biedrońs Forderung, die Kohlebergwerke in Polen bis 2035 zu schließen.

Scharfe Kritik äußerten alle Oppositionsparteien an der politischen Gleichschaltung der Justiz durch die *PiS*, wodurch, wie es hieß, die staatliche Gewaltenteilung stark gefährdet werde.

Europapolitische Korrektur der *PiS*

Im Laufe des Europawahlkampfes musste sich die Führung der *PiS* mehr und mehr mit der Tatsache anfreunden, dass auch die national-konservative Wählerschaft ihrer Partei mehrheitlich proeuropäisch eingestellt ist. Generell befürworten fast 80 Prozent der Polen weiterhin die Mitgliedschaft ihres Landes in der Europäischen Union. Umfragen haben ergeben, dass 44 Prozent der Bürger wollen, dass der gegenwärtige Stand der Integration beibehalten bleibt. 35 Prozent sind für eine durchgreifende Reform der Gemeinschaft, nur vier Prozent favorisieren einen Austritt aus der Union. Die *PiS* war also gut beraten, ihr Polexit-Image abzulegen, das ihr vorher anhaftete – es bleibt abzuwarten, für wie lange. Der Politikwissenschaftler Ireneusz Karolewski (Breslau/Wrocław) wies allerdings darauf hin, dass die polnische Gesellschaft die EU hauptsächlich als Wirtschaftsverbund und weniger als Wertegemeinschaft ansieht.

Zum 15. Jahrestag des EU-Beitritts Polens stimmten *PiS*-Politiker sogar Lobeshymnen an. Präsident Andrzej Duda pries die vielen Vorteile, welche die Mitgliedschaft seinem Land gebracht hätten. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki nannte Polen die Lokomotive des Wirtschaftswachstums für ganz Europa. Und: »Wir möchten auch betonen, dass wir mindestens genauso viel geben.« Die Öffnung der Märkte in Ostmittel- und Südosteuropa habe es großen westlichen Unternehmen ermöglicht, ihre Produktion zu steigern.

Dieser Kurswechsel zielt natürlich nicht nur auf die Wähler im eigenen Land. Vielmehr geht es auch

darum, gemeinsam mit anderen nationalkonservativen und rechtspopulistischen Kräften in Europa mehr Einfluss auf die Debatten und Entscheidungen im Europäischen Parlament, die Vergabe führender Posten in der Gemeinschaft und überhaupt die künftige inhaltliche und organisatorische Gestalt der Union zu nehmen, quasi das System polnischer Wertvorstellungen, wie *PiS* sie interpretiert, auf die europäische Ebene zu übertragen. Getreu nach dem Vorbild des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán, der eifrig durch Europa reist und dabei für seine Vorstellungen von einem illiberalen Staat und der schroffen Abschottung Europas gegen kulturelle Einflüsse etwa durch muslimische Flüchtlinge wirbt. Der dominierende Einfluss der Christdemokraten, Sozialdemokraten und Grünen im Europäischen Parlament müsse stärker zurückgedrängt werden, formulierte der *PiS*-Europaabgeordnete Zdzisław Krasnodębski ganz offen.

So kann man sich in der Führung der *PiS* eine Kooperation beziehungsweise die Bildung einer gemeinsamen Fraktion im Europaparlament zusammen mit *Legha* und *Fratelli d'Italia* aus Italien sowie der spanischen *Vox* vorstellen, deren Abgesandte allesamt schon zu Gesprächen darüber mit *PiS*-Parteichef Jarosław Kaczyński in Warschau waren. Die entsprechenden ideologisch-politischen Weichenstellungen waren schon auf einem Parteitag im März in der Nähe der südostpolnischen Stadt Rzeszów vorgenommen worden. In einer »Europäischen Erklärung« wurden als Ziele unter anderem formuliert: die Rückkehr zu den Werten der Gründer der Europäischen Union, die Verteidigung des Rechts der Eltern auf Erziehung der Kinder nach ihren Vorstellungen (womit vor allem christlich-katholische Prinzipien gemeint sind – R.V.), die Abschottung der Außengrenzen der EU, eine europäische Klimapolitik und ein vollständiger Stopp der illegalen Migration sowie die Berücksichtigung polnischer Interessen.

Wenige Tage vor der Europawahl schickte die *PiS*-geführte polnische Regierung einen politischen Plan für Europa an den Europäischen Rat und alle Regierungen der 28 Mitgliedsländer, in dem unter anderem vorgeschlagen wurde: ein EU-weit koordiniertes Vorgehen gegen die Entwicklung der 5G-Technologie, härtere Steuern für Digitalunternehmen, ein Vetorecht nationaler Parlamente gegen Gesetzesinitiativen der Europäischen Kommission, die weitere Stärkung der EU-Grenzagentur *Frontex* und die stärkere Berücksichtigung nationaler Industrien bei der Formulierung von Zielen zur Begrenzung von Schadstoffemissionen.

Gegenüber diesen klaren Zielen blieben die europapolitischen Ziele der verschiedenen Oppositionsparteien eher allgemein. So betonte der Vorsitzende der Bürgerplattform, Grzegorz Schetyna, dessen Partei die

stärkste Kraft in der Europäischen Koalition ist, dass die EU demokratischer und gerechter werden sowie besser funktionieren müsse, da innere und äußere Bedrohungen größer geworden seien. Schetyna warnte davor, mehr Bürokratie zu schaffen, sprach sich für eine Stärkung der europäischen Verteidigung neben der Verbindung zur NATO aus und verlangte neben einem stärkeren Fokus auf Afrika eine intensivere Kooperation mit der Ukraine, ohne die Europa nie in Frieden leben könne, wie er sich ausdrückte. Polen könne schwerlich eine ernsthafte Position in der EU einnehmen, wenn die polnische Justiz weiterhin durch die *PiS* politisch bedrängt werde. Die Bauernpartei *PSL* schlug vor, die EU-Mitgliedschaft des Landes in der polnischen Verfassung zu verankern.

Angesichts der völlig unklaren Situation in Großbritannien legten die Vertreter der *PiS* und auch der meisten oppositionellen Parteien bei ihren Stellungnahmen zum Brexit eher Vorsicht an den Tag. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki sprach sicher nicht nur für seine Partei, als er vor einem harten Brexit warnte und für einen bedingungslosen Aufschub des Austrittstermins warb, da die Formulierung von Zusatzbedingungen, wie er sich ausdrückte, die Wahrscheinlichkeit einer Annahme des Austrittsabkommens durch London verringere.

Der wohl wichtigste Versuch, neben der EU die eigenständige polnische Handlungsfähigkeit unter Beweis zu stellen, war die Durchführung einer Konferenz zur Situation im Nahen Osten in Warschau, insbesondere zum Ausstieg aus dem Atomabkommen mit dem Iran, das die angereisten amerikanischen Spitzenpolitiker wie Vizepräsident Mike Pence nutzten, um Deutschland, Großbritannien und Frankreich scharf für ihren Versuch zu kritisieren, Geschäfte mit dem Iran vor US-amerikanischen Sanktionen zu schützen. Gerade die *PiS*-Regierung setzt auf gute Beziehungen zu den USA und sieht deshalb Trumps Versuch, »maximalen Druck« auf den Iran ausüben, mit einem gewissen Wohlwollen.

Zu den innenpolitisch bedingten Themen des Europawahlkampfes der *PiS* gehörte die wiederholt gegenüber Deutschland massiv vorgetragene Forderung nach Entschädigungen für die durch die Besetzung Polens im Zweiten Weltkrieg verursachten ungeheuren menschlichen Opfer und materiellen Schäden. Wie der *PiS*-Abordnete Arkadiusz Mularczyk mitteilte, der den zuständigen Parlamentsausschuss leitet und auch einen neuen Bericht zur Zahl der damaligen Opfer und dem Umfang der Schäden vorlegte, wolle man die Frage der Reparationen künftig auch auf europäischer Ebene stärker thematisieren, etwa im Europäischen Parlament.

Eindeutiger Wahlerfolg der *PiS*

Schließlich konnte Kaczyński's *PiS* nach Schließung der Wahllokale am Abend des 26. Mai einen großen Erfolg feiern. Nach Angaben der Staatlichen Wahlkommission kam die Partei auf 45,38 Prozent der abgegebenen Stimmen und lag damit noch um sechs Prozentpunkte über den für sie günstigsten Prognosen. Die Europäische Koalition erhielt 38,47 Prozent der Stimmen und übertraf damit um knapp zwei Prozent die für sie besten Prognosen. Während die *PiS* in allen neun Woiwodschaften im Osten des Landes (mit Ausnahme von Warschau) gewann, lag die Europäische Koalition in den sieben westlichen Woiwodschaften an der Spitze. Robert Biedroń's Frühling blieb mit 6,06 Prozent erheblich unter den eigenen Erwartungen. Die rechtsradikal durchwirkte Konföderation blieb mit 4,55 Prozent hinter den Prognosen zurück. Die Bewegung Kukiz '15 erhielt 3,69 Prozent der Stimmen, die linke Partei Gemeinsam kam auf 1,24 Prozent. Deutlich zeigte sich abermals, dass Polen ein politisch gespaltenes Land ist, was noch dadurch verstärkt wurde, dass die großen Parteien bzw. Bündnisse auf Kosten der kleineren gewannen. Erhalten blieb auch die traditionelle Spaltung zwischen dem Osten und dem Westen des Landes bzw. zwischen den eher agrarisch strukturierten Regionen und den stärker industriell entwickelten Gebieten. Ein großer Erfolg für die politische Kultur des Landes insgesamt war die Wahlbeteiligung, die diesmal mit 45,68 Prozent fast doppelt so hoch war wie bei der Europawahl im Jahr 2014. Polen lag damit im Trend, denn in den meisten EU-Mitgliedstaaten rief die Wahl eine größere Resonanz hervor als vor fünf Jahren.

Wo lagen die Gründe für den Sieg der *PiS*? Ohne Zweifel waren die von ihrer Regierung verfügten erneuten sozialen Zuwendungen die wichtigste Basis für ihren Erfolg. Außerdem gelang es ihr, die zunächst für sie schwierige Debatte über Pädophilie in der Kirche gegen ihre politischen Gegner, insbesondere Biedroń's Frühling, zu wenden, indem sie ihnen pauschal eine »Sexualisierung« der Kinder vorwarf. Auch den Streik der Lehrer überstand sie ohne große wahlpolitische Blessuren. Zugute kam ihr schließlich, dass sie sich bei der Bekämpfung des Hochwassers im Süden Polens vor dem Wahlsonntag engagierter zeigte als die Oppositionsparteien. Nicht zuletzt ihr europapolitischer Schwenk hin zu einem stärkeren polnischen Engagement in der Europäischen Union hat ihr Stimmen eingebracht. Morawieckis Losung, dass »Polen das Herz Europas« sei, kam bei vielen Wählern gut an. Den 15. Jahrestag des EU-Beitritts Polens nutzte die *PiS*, um die mit der Mitgliedschaft in der Gemeinschaft verbundenen Erfolge zu feiern.

Demgegenüber tat sich die Europäische Koalition schwer, mit konkreten Plänen für ihr weiteres politisches Handeln zu werben. Emotionen oder gar Begeisterung zu wecken, gehörte nicht zu ihren Stärken. Auch die Auftritte von EU-Ratspräsident Tusk haben ihr kaum geholfen, entgegen den Erwartungen. Das eher schwache Ergebnis von Biedrońs Frühling – er hatte ursprünglich ein zweistelliges Ergebnis angestrebt – zeigt, dass in Polen weitaus weniger vor allem junge Menschen mit libertären Losungen zu gewinnen sind als etwa in Deutschland, wobei man nicht vergessen darf, dass auch diesmal viele junge Menschen nicht zur Wahl gingen, weil sie sich mit Abscheu von jedweder Politik abgewandt haben. Gerade die junge Generation in Polen denkt deutlich konservativer als die in westlichen Staaten. In für sie wirtschaftlich und sozial unsicheren Zeiten sucht sie nach stabilen, kalkulierbaren Rahmenbedingungen für ihre familiäre und berufliche Zukunft.

Fazit

Innenpolitisch hat die *PiS* ihre Position gefestigt und damit auch gute Voraussetzungen für einen Sieg bei den Parlamentswahlen im Herbst 2019 geschaffen. Der Parteivorsitzende sowie seine Strategen und »Spin Doctors«, die schon vor der Europawahl ein gutes Gespür für Stimmungen in der Bevölkerung hatten und daraus Wahlkampfthemen ableiteten, basteln schon jetzt an Konzepten für die Parlamentswahlen. Gefahren für die *PiS* könnten insbesondere aus innerparteilichen

Korruptionsaffären und anderen Skandalen erwachsen, wie sie ja schon in den letzten Jahren bekannt wurden.

Die Europäische Koalition hat einen Anfangserfolg errungen, der ihr aber noch keinerlei politisches Kapital einbrachte. Sie wird sich inhaltlich und organisatorisch weiterentwickeln müssen, will sie Chancen bei den Parlamentswahlen haben – wenn sie in der jetzigen Zusammensetzung überhaupt Bestand hat. Robert Biedroń und seine Partei Frühling sind vorerst an ihre Grenzen gestoßen. Sie wird sich überlegen müssen, ob sie nicht mit der Europäischen Koalition kooperieren oder ihr gar beitreten soll, zumal die Europawahl deutlich gezeigt hat, dass sich das polnische Parteiensystem gegenwärtig stärker in Richtung Bipolarität entwickelt.

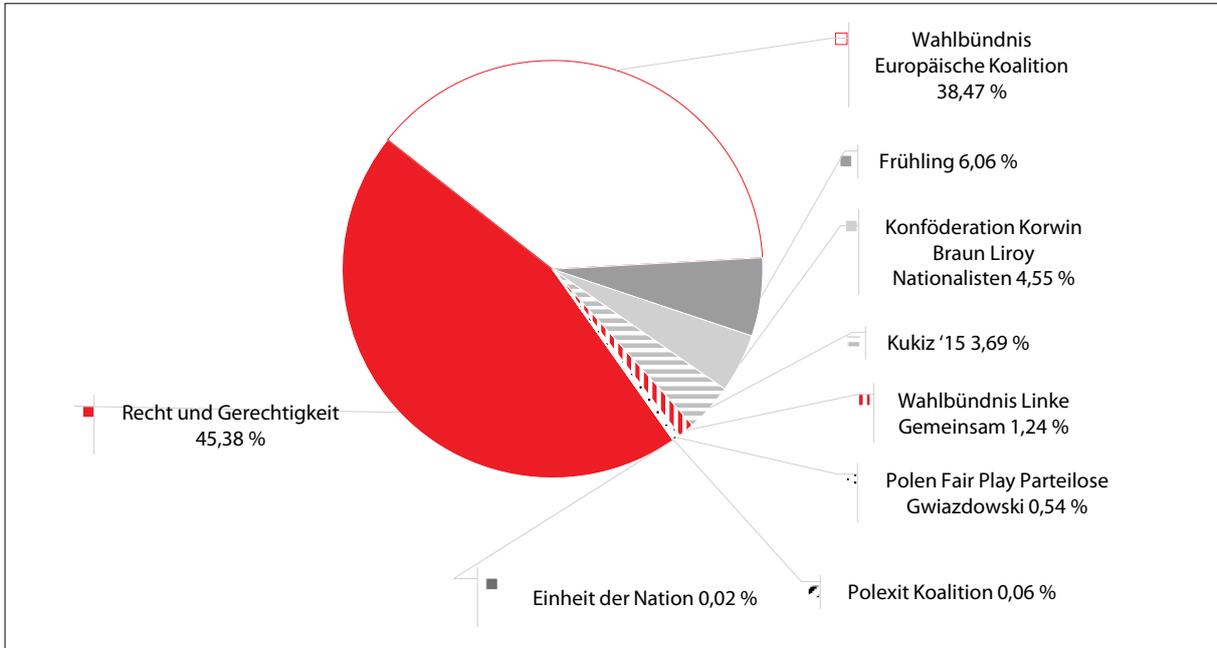
Vordergründig besteht das Resultat der Europawahl für die *PiS* darin, dass die von ihr geführte Regierung umgebildet werden muss, da die bisherigen Kabinettsmitglieder Beata Szydło, Anna Zalewska und Joachim Brudziński nach Brüssel wechseln. Bedeutsamer ist, dass Polens *PiS* zusammen mit Orbáns *Fidesz* in Ungarn, Matteo Salvinis *Lega* in Italien und dem *Rassemblement National* von Marine Le Pen in Frankreich innerhalb des rechtspopulistischen und nationalistischen Lagers in Europas eindeutig zu den Siegern gehört und damit künftig stärker in das Geschehen im Europäischen Parlament eingreifen wird, wobei vorerst noch unklar ist, wie die Fraktionen im Europäischen Parlament künftig aussehen werden oder ob gar eine einzige starke rechte Fraktion entsteht.

Über den Autor

Reinhold Vetter, Dr. h. c., ist freier Wissenschaftler und Publizist. Zuletzt erschien von ihm: *Der Preis des Wandels. Geschichte des europäischen Ostens seit 1989*. Freiburg/Basel/Wien 2019.

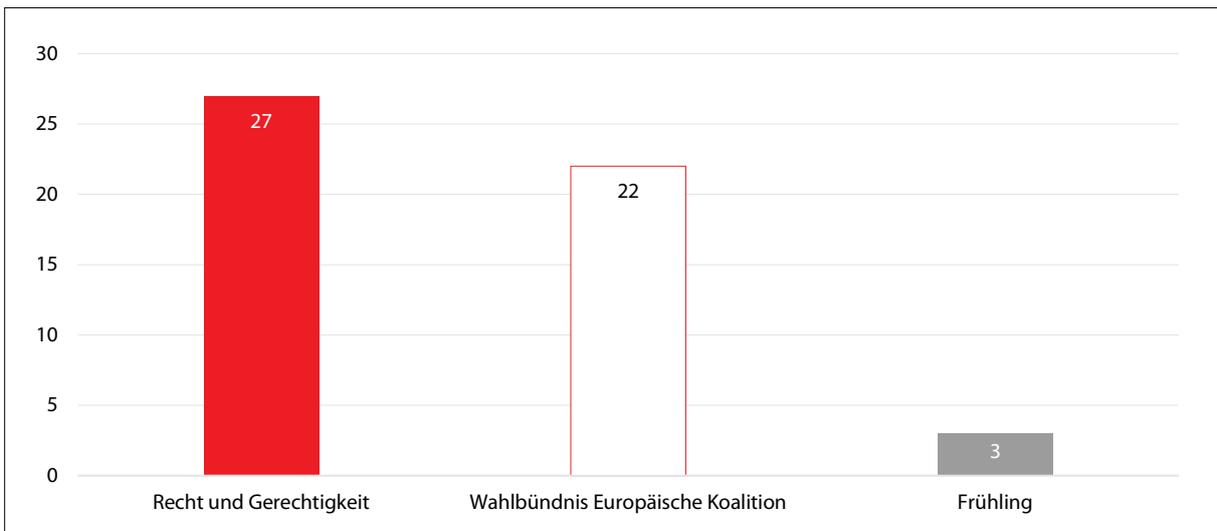
Ergebnisse der Wahl zum Europäischen Parlament 2019

Grafik 1: Ergebnisse der Europawahl 2019 (%)



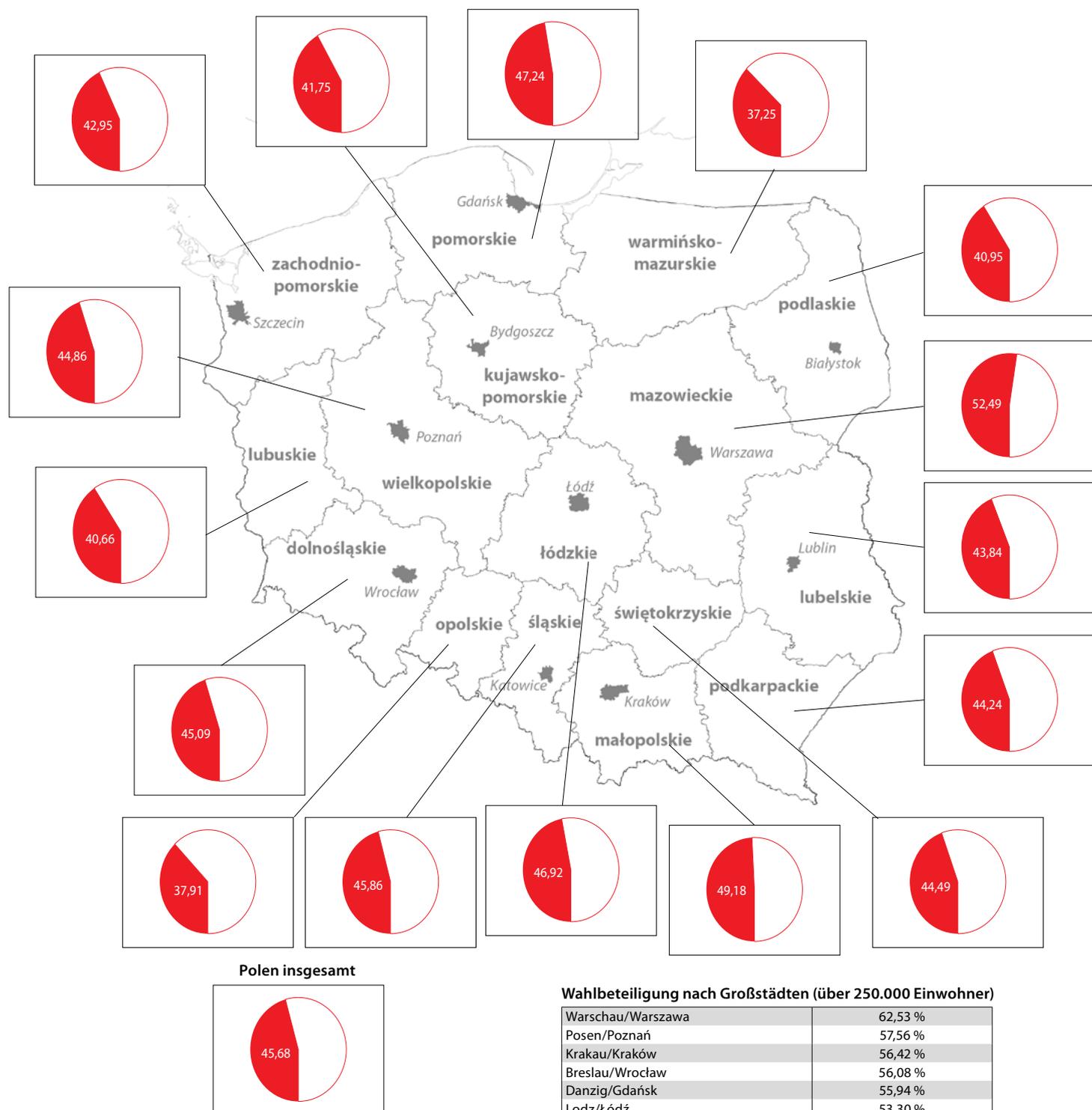
Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS; Wahlbündnis Europäische Koalition/Koalicyjny Komitet Wyborczy Koalicja Europejska = Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO, Polnische Bauernpartei/Polские Stronnictwo Ludowe – PSL, Demokratische Linksallianz/Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD, Die Moderne/Nowoczesna, Grüne/Zieloni; Frühling von Robert Biedroń/Wiosna Roberta Biedronia; Konföderation Korwin Braun Liroy Nationalisten/Konfederacja Korwin Braun Liroy Narodowcy; Wahlbündnis Linke Gemeinsam/Koalicyjny Komitet Wyborczy Lewica Razem = Partei Gemeinsam/Partia Razem, Arbeitsunion/Unia Pracy, Bewegung für Soziale Gerechtigkeit/Ruch Sprawiedliwości Społecznej – RSS; Polen Fair Play Parteilose Gwiadzowski/Poliska Fair Play Bezpartyjni Gwiadzowski; Wahlbündnis Polexit Koalition/Polexit – Koalicja; Einheit der Nation/Jedność Narodu
 Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission]; <https://wybory.gov.pl/pe2019/pl/wyniki/pl> (abgerufen am 03.06.2019).

Grafik 2: Ergebnisse der Europawahl 2019 nach Mandaten



Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS; Wahlbündnis Europäische Koalition/Koalicyjny Komitet Wyborczy Koalicja Europejska = Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO, Polnische Bauernpartei/Polские Stronnictwo Ludowe – PSL, Demokratische Linksallianz/Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD, Die Moderne/Nowoczesna, Grüne/Zieloni; Frühling von Robert Biedroń/Wiosna Roberta Biedronia
 Anm.: Die übrigen Parteien, die bei der Wahl antraten, erhalten keine Sitze im Europäischen Parlament.
 Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission]; <https://wybory.gov.pl/pe2019/pl/wyniki/pl> (abgerufen am 03.06.2019).

Grafik 4: Wahlbeteiligung nach Woiwodschaften (in %)



Wahlbeteiligung nach Großstädten (über 250.000 Einwohner)

Warschau/Warszawa	62,53 %
Posen/Poznań	57,56 %
Krakau/Kraków	56,42 %
Breslau/Wrocław	56,08 %
Danzig/Gdańsk	55,94 %
Lodz/Łódź	53,30 %
Kattowitz/Katowice	52,70 %
Lublin	51,76 %
Stettin/Szczecin	51,47 %
Bromberg/Bydgoszcz	51,25 %
Białystok	49,63 %
insgesamt	56,48 %

Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission: <https://wybory.gov.pl/pe2019/pl/frekwencja/pl> (abgerufen am 03.06.2019)]

Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://nominatim.openstreetmap.org>, <http://polygons.openstreetmap.fr/index.py> und http://geonode.iwlearn.org/layers/geonode:seavox_sea_area_polygons

Tabelle 1: Ergebnisse der Europawahl 2019 nach Parteien und Wahlbündnissen

Woiwodschaft	Wahlbündnis Europäische Koalition/ Koalicyjny Komitet Wyborczy Koalicja Europejska*	Wahlbündnis Linke Gemeinsam/ Koalicyjny Komitet Wyborczy Lewica Razem**	Wahlbündnis Polexit Koalition/ Koalicyjny Komitet Wyborczy Polexit – Koalicja	Wahlkomitee Einheit der Nation/Jedność Narodu	Wahlkomitee Recht und Gerechtigkeit/ Prawo i Sprawiedliwość – PiS	Wahlkomitee Frühling von Robert Biedron/ Wiosna Roberta Biedronia	Wahlkomitee Konföderation Korwin Braun Liroy Nationalisten/ Konfederacja Korwin Braun Liroy Narodowcy	Wahlkomitee Kukiz '15	Wahlkomitee Polen Fair Play Parteilose Gwiazdowski/ Polska Fair Play Bezpartyjni Gwiazdowski
Niederschlesien/ dolnośląskie	43,61	1,38			38,69	7,24	5,10	3,99	
Kujawien-Pommern/ kujawsko-pomorskie	46,01	1,14			39,24	5,94	3,80	3,87	
Lublin/Lubelskie	28,17	0,72			58,95	3,07	4,42	4,00	0,69
Lebuser Land/Lubuskie	47,79	1,17			36,76	7,21	3,89	3,19	
Lodz/hódzkie	38,09	1,96			46,69	5,56	4,15	3,56	
Kleinpolen/malopolskie	28,47	1,07	0,34		55,81	4,93	4,38	4,14	0,86
Masowien/mazowieckie	38,14	1,40		0,10	42,93	7,86	4,77	3,47	1,33
Oppeln/opolskie	44,77	1,18			38,8	5,13	4,58	5,54	
Vorkarpaten/ podkarpackie	21,56	0,71	0,32		65,07	3,06	5,89	3,38	
Podlachien/podlaskie	31,47	1,31			54,43	4,01	5,26	3,52	
Pommern/pomorskie	50,66	0,96			34,53	6,15	4,01	2,67	1,02
Schlesien/śląskie	40,24	1,18			43,25	5,82	4,61	3,80	1,10
Heiligkreuz/ świętokrzyskie	30,66	0,65	0,24		57,85	3,31	3,77	3,07	0,44
Ermland-Masuren/ warmińsko-mazurskie	42,15	1,58			40,72	7,31	4,57	3,67	
Großpolen/wielkopolskie	43,25	1,60			38,39	7,80	4,67	4,29	
Westpommern/ zachodniopomorskie	47,74	1,08			36,9	7,60	3,87	2,82	

* Wahlbündnis Europäische Koalition/ Koalicyjny Komitet Wyborczy Koalicja Europejska – Bürgerplattform/ Platforma Obywatelska – PO, Polnische Bauernpartei/ Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL, Demokratische Linksalternanz/ Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD, Die Moderne/ Nowoczesna, Grüne/Zieloni

** Wahlbündnis Linke Gemeinsam/ Koalicyjny Komitet Wyborczy Lewica Razem – Partei Gemeinsam/ Partia Razem, Arbeitsunion/ Unia Pracy, Bewegung für Soziale Gerechtigkeit/ Ruch Sprawiedliwości Społecznej – RSS

Quelle: Parlistwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission: <https://wybory.gov.pl/pe2019/pl/wyniki/pl> (abgerufen am 03.06.2019)]

21. Mai 2019 – 3. Juni 2019

21.05.2019	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki teilt die Regierungsentscheidung mit, eine staatliche Kommission zur Untersuchung von Pädophilievergehen einzuberufen. Sie werde sich sowohl mit der Kirche als auch mit dem pädagogische Bereich (Schule, Sport, Kunst usw.) befassen.
22.05.2019	Senatsmarschall Stanisław Karczewski trifft sich in Tiflis (Georgien) mit Präsidentin Salome Surabischwili, Ministerpräsident Mamuka Bachtadse und Außenminister David Zalkaniani. Das Kooperationspotential sei noch nicht ausgenutzt, sagt Karczewski auf der anschließenden Pressekonferenz und kündigt weitere bilaterale Treffen an, u. a. einen Besuch des Außenministers und einer Wirtschaftskommission. Polen werde weiter auf der internationalen Bühne die Bemühungen Georgiens um einen EU- und NATO-Beitritt unterstützen. Diese seien für Georgien außerordentlich wichtig, sowohl wegen der gesellschaftlichen Unterstützung als auch der realen Gefahr seitens Russlands mit Blick auf die russisch besetzten Gebiete.
22.05.2019	Nach der Rückkehr vom Besuch des polnischen Militärkontingents, das im Rahmen der EU-Mission »Sophia« auf Sizilien stationiert ist, betont Paweł Soloch, Chef des Büros für Nationale Sicherheit (Biuro Bezpieczeństwa Narodowego – BBN), dass die Beteiligung Polens ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung der Migrationskrise sei. Die Solidarität Polens sei ein wichtiges Argument dafür, die Präsenz der militärischen Verbündeten auf polnischem Gebiet zu stärken, als Antwort auf die Bedrohung aus dem Osten. Auf die Frage der Sicherheit müsse aus einer 360 Grad-Perspektive geschaut werden, so Soloch. Polen ist seit 2015 an der EU-Mission »Sophia« beteiligt, die zur Bekämpfung von Schlepperbanden vor der Küste Libyens eingerichtet worden war. U. a. stellt Polen eines der fünf Aufklärungsflugzeuge.
23.05.2019	In Warschau nehmen mehrere Hundert Menschen an einer Demonstration Behinderter für bessere Lebensbedingungen teil. Der Protestzug führt vor das Sejm-Gebäude. Im April und Mai 2018 hatten Behinderte und ihre Angehörigen den Sejm besetzt, um ihren Forderungen nach mehr staatlicher Unterstützung Nachdruck zu verleihen.
24.05.2019	Lech Wałęsa, Oppositionsführer in der Volksrepublik Polen, Friedensnobelpreisträger und ehemaliger Präsident der Republik Polen, ruft auf dem Kongress der Europäischen Volkspartei (EVP) in München Deutschland auf, Verantwortung für Europa zu übernehmen und Lösungen vorzuschlagen. Deutschland solle eine große Debatte initiieren und den Populisten die Argumente nehmen. Bisher sei Deutschland gut regiert und habe die EU gut geführt, jedoch zu wenig mutig. Weiter sagt er, die europäischen Institutionen seien in einer anderen Zeit und unter anderen Bedingungen gegründet worden und müssten heute angepasst werden. An erster Stelle müsse eine Einigung über die gemeinsamen Werte stattfinden, bevor der freie Markt organisiert werde.
26.05.2019	In Polen findet die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Seit Mitternacht dürfen kein Wahlkampf und keine Wahlwerbung mehr betrieben werden.
27.05.2019	Laut amtlichem Endergebnis der Staatlichen Wahlkommission (Państwowa Komisja Wyborcza – PKW) betrug die Wahlbeteiligung bei der Wahl zum Europäischen Parlament in Polen am vergangenen Sonntag 45,68 %. Ins Europaparlament zogen ein: Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) mit 45,38 % der Stimmen (27 Mandate), das Wahlbündnis Europäische Koalition (Koalicja Europejska – KE) mit 38,47 % (22 Mandate) und die Partei Frühling von Robert Biedroń (Wiosna Roberta Biedronia) mit 6,06 % (drei Mandate).
28.05.2019	Robert Biedroń, Vorsitzender der Partei Frühling (Wiosna), kündigt an, dass seine Partei auch bei den Parlamentswahlen im Herbst allein antreten und kein Wahlbündnis eingehen werde.
30.05.2019	Andrzej Adamczyk, Minister für Infrastruktur, kündigt eine Gesetzesinitiative zur Benutzung von Elektrorollern an. Zurzeit bestehen keine besonderen Regulierungen und werden ihre Nutzer wie Fußgänger behandelt, weshalb sie auf dem Bürgersteig fahren müssen. Mehrere Unfälle führten darüber zu Diskussionen. Adamczyk spricht sich dafür aus, die E-Roller wie Fahrzeuge zu behandeln.
31.05.2019	Sławomir Neumann, Fraktionsvorsitzender der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), bestätigt, dass sich die PO für eine enge Zusammenarbeit mit der Partei Die Moderne im Parlament und im beginnenden Wahlkampf für den Sejm und Senat ausspricht. Bereits bei der Europawahl 2019 sind beide Parteien zusammen mit weiteren Parteien ein Wahlbündnis eingegangen.

01.06.2019	Nach der Sitzung des Hauptrates der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) teilt Parteichef Władysław Kosiniak-Kamysz mit, dass die PSL für die Parlamentswahlen im Herbst ein Mitte-konservatives Wahlbündnis, die »Polnische Koalition« (Koalicja Polska), schließen wolle. Die Entscheidung solle in der PSL breit diskutiert und im Juni bei der nächsten Versammlung des Hauptrates abschließend entschieden werden. Während ein gemeinsamer oppositioneller Block des linken und rechten politischen Spektrums schwierig zu formulieren sei, würden ein Mitte-konservativer Block und ein links-liberaler Block die Chancen auf Wahlerfolge erhöhen. Der ehemalige PSL-Vorsitzende Waldemar Pawlak hat sich wiederum dafür ausgesprochen, dass die PSL selbständig in den Wahlkampf zieht.
03.06.2019	Die Parteivorsitzende von Die Moderne, Katarzyna Lubnauer, sagt nach der Sitzung des Parteivorstands, dass Die Moderne die Zusammenarbeit mit der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) im Rahmen der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) fortsetzen werde. Nur eine breite Koalition habe bei den Parlamentswahlen im Herbst Chancen zu gewinnen. Die PO sei wegen programmatischer Übereinstimmungen der »natürliche Partner«, außerdem arbeite man bereits in den Organen der Selbstverwaltung eng zusammen.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2019 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15,
64283 Darmstadt, Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: info@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



Kostenlose E-Mail-Dienste auf www.laender-analysen.de

@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.

